

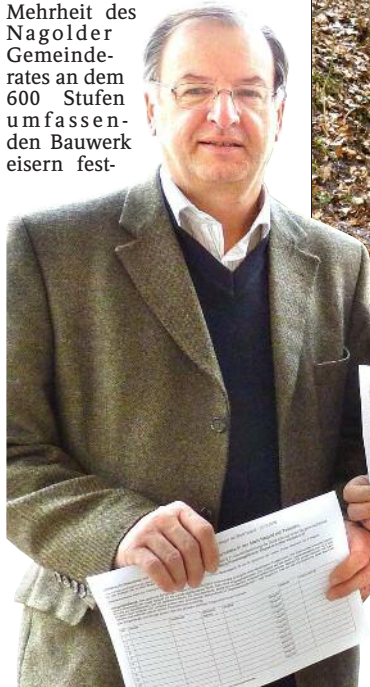
Ziel ist Nagolds erster Bürgerentscheid

Protest gegen die Schlossbergtreppe erreicht neue Dimension / Unterschriftensammlung läuft bereits

Von Heiko Hofmann

Nagold. Zum »Quantensprung« für Nagold soll die Landesgartenschau im Jahr 2012 werden. Ein historisches Ereignis aber deutet sich bereits für nächstes Jahr an: Die Stadt Nagold könnte ihren ersten Bürgerentscheid erleben.

An der geplanten Schlossbergtreppe scheiden sich die Geister in der Stadt. Während die Verwaltung, die Gartenschau GmbH und offensichtlich auch die Mehrheit des Nagolder Gemeinderates an dem 600 Stufen umfassenden Bauwerk eisern fest-



Wolfgang Henne, Eisenhart von Loeper und Helmut Luckert (von links) sammeln Unterschriften. Mit einem Bürgerentscheid soll die Treppe durch das Naturschutzgebiet Schlossberg verhindert werden. Fotos: Hofmann

halten, scheint die Stimmung unter Nagolds Bürgern eine ganz andere zu sein. Täglich erscheinen Leserbriefe. Ihr Grundtenor ist klar: Sinn und Zweck des Bauwerks leuchten nicht ein, der Schlossberg als Naturschutzgebiet soll von dem Eingriff verschont bleiben. Pro Treppe hat sich bis dato aber noch niemand geäußert.

Mittlerweile hat sich eine Allianz gegen den Treppenaufbau gebildet. Seit einer Woche sind die Akteure in der Stadt und den Stadtteilen unterwegs. Sie sammeln Unterschriften. In Praxen und Büros legen sie ihre Unterschriftenlisten aus. Sie ziehen

auch von Tür zu Tür.

Eisenhart von Loeper, einst Vorsitzender des Nagolder Tierschutzvereins und gelernter Rechtsanwalt, ist einer der Aktivposten dieser »Bürgerbewegung«. Er und seine Mitstreiter stammen aus ganz unterschiedlichen Gruppierungen, hatten mitunter sogar in der Vergangenheit gar nichts miteinander zu tun. Jetzt sind sie fleißig unterwegs – motiviert durch des Volkes Stimme. Eisenhart von Loeper hat Spaß daran, wenn er von Haustür zu Haustür geht, mit den Menschen über die geplante Schlossbergtreppe spricht, und ihnen anbietet, sich mit ihrer Unterschrift

für einen Bürgerentscheid einzusetzen. Von breiter Zustimmung erzählt Eisenhart von Loeper. Frei nach dem Motto: »Endlich macht mal jemand was.«

Eine »ermutigende Bürgerbewegung« sei so in den vergangenen Wochen entstanden. Das Ziel ist klar: Zehn Prozent der Nagolder Bürger müssten sich für ein Bürgerbegehren per Unterschrift einsetzen. »Das schaffen wir sicher«, ist von Loeper überzeugt, dass man Ende Januar die geforderte Zahl vorweisen kann.

»Man kann etwas erreichen«, davon ist auch der Nagolder Frauenarzt Wolfgang

Henne überzeugt. Auch er ist einer der Aktivposten der Initiative – denn gerade er als ehemaliger Gemeinderat hegt Zweifel, ob die einstigen Rats-Kollegen nicht mittlerweile unter den Bezug zu ihren Wählern verloren hätten.

»90 Prozent der Bürger sind dagegen«, schätzt Henne. Wenn es in Nagold tatsächlich zu einem Bürgerentscheid komme, dann sei das ein echtes Zeichen, dass in dieser Stadt noch Demokratie herrsche. Henne jedenfalls versichert: »Die Unterschriftenzettel werden einem aus der Hand gerissen.«

»Die Planung geht einfach an der Realität vorbei«, sagt auch Helmut Luckert. Gute 20 Jahre ist es her, da war er der Stadtpfarrer in Nagold. Als Ruheständler setzt er sich nun für den Bürgerantrag ein. Der Bürgerentscheid sei eine tolle Chance, den Bürgerwillen zu erfragen. Aber auch die Chan-

ce für Stadt und Gemeinderat, zu zeigen, dass man den Bürger ernst nimmt.

Doch was muss geschehen, dass es in Nagold wirklich zu einer ersten Bürgerabstimmung kommt? Der erste Schritt ist das Sammeln der Unterschriften. Eisenhart von Loeper ist überzeugt, dass der Gemeinderat nach Überprüfung der Unterschriften dann dem Bürgerbegehren zustimmen muss.

Die nächste Hürde, und das wissen auch die Akteure, ist weit schwieriger. Denn eine Mehrheit allein reicht noch nicht. Es hängt auch an der Wahlbeteiligung: Will man die Treppenanlage stoppen, muss die Abstimmungsmehrheit auch gleichzeitig mindestens 25 Prozent der wahlberechtigten Bürger ausmachen. Bei einer Abstimmungsbeteiligung von beispielsweise 40 Prozent ist also eine Mehrheit von 62,5 Prozent erforderlich. »Das wird nicht einfach«, sagt auch von Loeper. In Baden-Württemberg sind an dieser Hürde etwa ein Drittel aller Bürgerentscheide gescheitert.